

Titel der Drucksache:

Information/Beschlusskontrolle zum
Stadtratsbeschluss DS 0215/10 vom
19.05.2010 zum Konzept Straße der
Menschenrechte in Thüringen

Drucksache

1409/12

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Dienstberatung OB	09.08.2012	nicht öffentlich
Kulturausschuss	13.09.2012	öffentlich

Informationen aus der Verwaltung

Sachverhalt

Beschlusstext:

01

Der Stadtrat sieht im Konzept einer "Straße der Menschenrechte in Thüringen" ein in die Zukunft gerichtetes Leitprojekt, das zeigen soll, dass Menschenrechte, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern jeden Tag neu gelebt und verteidigt werden müssen.

02

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Weimar, der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, dem Lernort Topf & Söhne und mit der Thüringer Landesregierung die für eine Realisierung notwendigen Schritte für eine "Straße der Menschenrechte in Thüringen" zu sondieren.

03

Der Kulturausschuss ist in angemessener Weise, alle drei Monate über den Fortgang zu informieren.

Beschlusskontrolle:

zu 01 und 02:

Städtisches und bürgerschaftliches Engagement für die Straße der Menschenrechte haben bisher folgenden Stand erreicht:

Seit Januar 2009 arbeitete eine Gruppe von Erfurter Bürgerinnen und Bürgern für dieses Projekt. In Umsetzung des Stadtratsbeschlusses DS 0215/10 bat die Bürgermeisterin den Thüringer Justizminister mit Schreiben vom 6. August 2010, eine Zusammenführung der Akteure auf Arbeitsebene im Justizministerium zu ermöglichen. Dieser Vorschlag basierte auf dem im Stadtratsbeschluss formulierten Gedanken, dass eine landesweite Straße der Menschenrechte nicht allein durch Akteure in Erfurt initiiert und geschaffen werden kann.

Der Justizminister antwortete darauf positiv am 14. Oktober 2010. Er informierte darüber, dass er das Thüringer Kabinett bereits am 31. August über das Vorhaben informiert habe und dass sein Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen worden sei. Der Initiative des Justizministers ging eine eingehende Besprechung und Abstimmung zwischen ihm und dem Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora voraus. Weiter kündigte der Justizminister eine Realisierung der Straße der Menschenrechte im Kontext des Verfassungsjubiläums 2013 an. Er beauftragte die ministerielle Stabsstelle Europäische Integration und Rechtspolitik sowie seine Büroleiterin mit dem Projekt. Vom Justizministerium wurde um die Benennung einer Verantwortlichen der Stadt Erfurt gebeten. Diese Aufgabe wurde verwaltungsintern Frau Dr. Annegret Schüle, Leiterin des Erinnerungsortes Topf & Söhne, übertragen.

Seit Mai 2011 fanden regelmäßig intensive Beratungen der Gruppe engagierter Bürger/innen („Reflexionsgruppe“) statt, die mit der Stabsstelle Europäische Integration und Rechtspolitik koordiniert wurden. Es wurde deutlich, dass eine Straße der Menschenrechte nur in enger Abstimmung der beteiligten Städte, der Gedenk- und Erinnerungsorte sowie der Zivilgesellschaft entstehen und ihre nachhaltige Wirkung entfalten kann. Hier zeigte sich Handlungsbedarf, insbesondere die personellen Kapazitäten betreffend.

Zu den erzielten Ergebnissen und anstehenden Aufgaben im Einzelnen:

> Vorbereitet und initiiert durch die Reflexionsgruppe und die städtische Beauftragte fand am 21. März 2012 eine Beratung statt, zu der die Städte Erfurt und Weimar sowie die für eine Gründung der Straße der Menschenrechte maßgeblichen Erinnerungsorte in Thüringen (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Erinnerungsort Topf & Söhne, Thüringer Landtag, Gedenk- und Lernort Andreasstraße, Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus in Gera) eingeladen wurden. Ihre Auswahl war zuvor eingehend erörtert worden: Diese Erinnerungs- und Gedenkstätten repräsentieren eine europaweit einmalige Verdichtung von Orten, an denen Menschenwürde und Menschenrechte negiert wurden. Als Lernorte verfügen sie konzeptionell und personell über das Potential, den Kern für eine nachhaltige und vernetzte Menschenrechtsarbeit zu bilden und über die touristische Erschließung als Straße der Menschenrechte den Kulturstandort Thüringen zu stärken.

Mit dieser Beratung wurde eine erste Vernetzung der Städte Erfurt und Weimar sowie der ausge-

wählten Erinnerungs- und Gedenkorte erreicht. Die Idee der Straße der Menschenrechte sowie eine gemeinsame Realisierung wurden begrüßt. Es wurde deutlich, dass eine Realisierung in enger Abstimmung erfolgen soll und wird, dass diese Vernetzung und Koordination jedoch eigener, explizit für das anspruchsvolle Projekt „Straße der Menschenrechte“ zur Verfügung stehender personeller Ressourcen bedarf.

Der Justizminister hat in Aussicht gestellt, bei der Deckung des notwendigen Personalbedarfs Unterstützung zu geben. Unter der Voraussetzung der Bereitstellung geeigneten Personals ab Herbst 2012 kann die Gründung der Straße der Menschenrechte für den 10. Dezember 2013 (Internationaler Tag der Menschenrechte, 65. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) vorbereitet und anvisiert werden.

Der 94-jährige Stéphane Hessel hat seine Bereitschaft erklärt, zur Gründung der Straße der Menschenrechte nach Thüringen zu kommen. Der ehemalige Résistance-Kämpfer überlebte das KZ Buchenwald, war nach dem Krieg als Mitarbeiter der Vereinten Nationen an der Redaktion der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beteiligt und ist heute internationaler Erfolgsautor mit seinen Schriften "Empört Euch" und "Engagiert Euch".

› Das Justizministerium hat einen Wettbewerb zum Verfassungsjubiläum initiiert, in dessen Ergebnis 20 Orte (für 20 Jahre Thüringer Verfassung) „als relevanter Ort an der Thüringer Straße der Menschenrechte und Demokratie“ ausgezeichnet werden sollen. Es sollen vorrangig Orte oder ortsbezogene Ereignisse ausgewählt werden, die „mit positiven Verfassungserinnerungen in Verbindung gebracht werden.“ Schon etablierte Orte wie die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora oder der Erinnerungsort Topf & Söhne sollen in diesen Wettbewerb nicht einbezogen werden, sondern als „Grundbestand der Erinnerungskultur“ in die geplante Broschüre zur Vorstellung der ausgewählten Orte Erwähnung finden. Der Gemeinde- und Städtebund unterstützt diesen Wettbewerb.

Dieser Wettbewerb stellt als temporäres Projekt eine Ergänzung zur nachhaltig angelegten Straße der Menschenrechte dar und befördert den Bekanntheitsgrad des Gesamtprojektes.

› Es wurde und wird weiterhin mit allen bisherigen Akteuren eine intensive Diskussion über die Bezeichnung der zu gründenden Straße geführt. In der Diskussion befinden sich die folgenden Bezeichnungen: Straße der Menschenrechte, Straße der Menschenrechte und Demokratie, Straße der Menschenwürde. Dabei sind auch rechtliche Aspekte mit Blick auf bestehende Schutzrechte vergleichbarer Straßen in anderen Regionen sowie der Schutz des künftigen Namens zu beachten. Eine endgültige Klärung der Namensfrage soll unter Einbeziehung der beteiligten Städte und Gedenk- und Erinnerungsorte im zweiten Halbjahr 2012 erfolgen. Dabei soll auch entschieden werden, ob weitere Orte in die Gründung der Straße der Menschenrechte einbezogen werden. Als „ein in die Zukunft gerichtetes Leitprojekt, das zeigen soll, dass Menschenrechte, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern jeden Tag neu gelebt und verteidigt werden müssen“ (Stadtratsbeschluss DS 0215/10) ist das Projekt auch nach der Gründung der Straße für eine Erweiterung um weitere Orte prinzipiell offen.

› Um die Zivilgesellschaft an der Entwicklung und dem Aufbau der Straße der Menschenrechte zu beteiligen, lädt der Erinnerungsort Topf & Söhne zu einer Podiumsdiskussion am 25. September 2012 im Rahmen des Begleitprogramms zu seiner Sonderausstellung „Unersetzbar. Begegnung

mit Überlebenden“ und der Interkulturellen Woche der Stadt Erfurt unter dem Motto „Herzlich willkommen - wer immer du bist“ ein.

Die Veranstaltung trägt den Titel „Engagiert Euch! Die Straße der Menschenrechte in Thüringen. Idee und Realisierung“.

ad 03:

Die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Akteuren (Justizministerium, Reflexionsgruppe und zu beteiligende Erinnerungsorte) war und ist notwendigerweise ein längerer Prozess.

Verzögerungen entstanden insbesondere dadurch, dass es für das Projekt „Straße der Menschenrechte“ bisher keine eigenen personellen Kapazitäten gibt. Erst mit der Ankündigung, dass personelle Ressourcen bereitgestellt werden, haben sich die Chancen auf eine sinnvolle Planung, realistische Umsetzung und Terminierung eines Gründungsdatums eröffnet. Damit ist auch die Voraussetzung erreicht, dass über den Arbeitsstand und über die Vorhaben nunmehr wie beschlossen und belastbar informiert werden kann.

Anlagenverzeichnis

09.08.2012, gez. T. Thierbach

Datum, Unterschrift